

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung im Geschäftslokale und bei Kassenbestellungen 1 Mk. im Voraus, bei Bestellung durch den Boten 1,20 Mk., bei Vorbestellung gegen Nachnahme 1,30 Mk. — Wochensubskriptionen: 7 Mk. — Vierteljahrssubskriptionen: 24 Mk. — Halbjährssubskriptionen: 48 Mk. — Jahressubskriptionen: 96 Mk. — Auslandssubskriptionen: 120 Mk. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wichtigster Preis: die 2. und 3. Klasse 20 Goldpremie, die 4. und 5. Klasse 10 Goldpremie, die 6. und 7. Klasse 5 Goldpremie, die 8. und 9. Klasse 2 Goldpremie, die 10. und 11. Klasse 1 Goldpremie. Nachverpflichtung: 20 Goldpremie. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 49. — 84. Jahrgang. — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff = Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, 27. Februar 1925

Antideutsche Stimmungsmache.

In einem Telegramm aus Amerika, das von dem Korrespondenten einer großen deutschen Zeitung nach Berlin gerichtet worden ist, steht der Satz: „Die diesigen Freunde Deutschlands sind erstaunt über die Hilflosigkeit, mit der man in Berlin der eifrigen Propaganda der alliierten Kontrollkommission bei den amerikanischen Korrespondenten in Deutschland antwortet; mit einer gehörigen Dosis Unternehmungslust wäre mancher Schaden zu verhüten.“

Das ist ein Satz, der gerade jetzt um so schmerzlicher ist, weil von einer Propaganda Deutschlands im Auslande so unendlich viel abhängt. Fast ist man schon der Meinung, daß die unerträgliche Hinauszögerung der Veröffentlichung der Kontrollnote ein bewußtes Spiel ist, um nämlich der antideutschen Propaganda den Boden auszuweiden für die paar Körner, die jene Kontrollnote hineinzustreuen vermag. Ganz bewußt stützt man sich jetzt auf das Schlagwort der geistigen Mobilisierung Deutschlands. Ganz abgesehen davon noch, daß „selbstverständlich“ der deutsche Generalstab neu organisiert, die Schutzpolizei weit über den erlaubten Bestand hinaus vermehrt sei und einen vollständig militärischen Charakter trage. Das „selbstverständlich“ Deutschlands seine Abfertigungen noch nicht abgerüstet habe, „natürlich“, um mit Ruhland zusammen gegen Polen vorgehen und zu diesem Zweck in den Festungen starke Rückhalte haben zu können. Das „Selbstverständlich“ und das „Natürlich“ wird so oft gebraucht, daß die amerikanischen Leser die abersinnigen Geschichten aus Deutschland glauben, wenn nur eins von diesen beiden Worten davorsteht.

Aber von einer deutschen Verteidigung liest man nichts in jenen amerikanischen Blättern. Die Erklärung des Reichslanzlers Dr. Luther, warten zu wollen mit der Antwort auf die uns gemachten Vorwürfe hinsichtlich einer angeblichen Nichtausführung der Versailler Entwaffnungsbestimmungen, ist amtlich korrekt. Ob aber auch politisch? Wir kommen auch jetzt wieder — wie immer — propagandistisch zu spät, wenn wir uns wieder einmal damit begnügen wollen, zu verteidigen. Die beste Verteidigung ist immer noch der Angriff gewesen und namentlich auf einem Felde, das so leicht der Bearbeitung offensteht wie das der sogenannten „öffentlichen Meinung“. Oder des „Weltgewissens“, oder wie man sonst dieses Objekt politischer Propaganda tätigkeit nennen mag.

Schon jetzt steht zweifellos fest, daß wir ganz bedenklich ins Hintertreffen geraten sind, gehen wir durch allernächste Erwägungen, die zwar sehr ehrenwert, aber vielleicht unpraktisch sind. Dabei ist unsere Position bei diesem Kampfe eigentlich gar nicht schlecht, weil hier ein von der Entente kaum noch geklugener Bruch des Versailler Vertrages vorliegt. Ein Bruch auch des Dawes-Abkommens. Und wenn man mit allen Mitteln modernster Nachrichtenvermittlung und -übermittlung diese beiden Gesichtspunkte namentlich in Amerika geltend machen würde, so würde man einfache Tatsachen verhandeln.

Und das wird alles dadurch erleichtert, daß wir die Korrespondenten ausländischer Blätter doch jetzt recht zahlreich in Deutschland versammelt sehen, nicht zuletzt solche neutraler Zeitungen. Auch was man früher gegen die Möglichkeit solcher Propaganda im Auslande vorgebracht hat, nämlich die finanzielle Unmöglichkeit, angesichts der tiefstehenden deutschen Solvata die Kosten solcher Propaganda aufbringen zu können, trifft ja jetzt nicht mehr zu. Und Geld, das für eine solche Propaganda in geschickter Form verwendet wird, lohnt sich überaus. Geht es uns denn etwa an der notwendigen Begabung? An Büchern über die Propaganda, an Hinweisen auf die gemachten Fehler fehlt es wahrhaftig nicht, und so unbegabt sind wir Deutsche schließlich doch nicht, um aus diesen Fehlern nicht lernen zu können, wie es besser gemacht werden soll. Grundsätzlich hält sich die gegnerische Presse niemals an jenen korrekten Standpunkt, den unsere Regierung auch jetzt wieder dem Inhalt der Kontrollnote gegenüber zum Ausdruck gebracht hat. Grundsätzlich halten sich daran auch jene Organe nicht, denen nach deutschen Begriffen Verschwiegenheit eine Pflicht sein müßte, also in diesem Falle die Kontrollkommission der Entente. Wer weiß denn, ob nicht die Mitteilungen des Generals Morgan auf diesem Inhalt fußen, und wer denkt nicht daran, daß Herriot selbst doch neulich in der Kammer Mitteilungen machte, die zweifellos dem Kontrollbericht entnommen sind!

Allzusehr sind wir Deutschen noch gewöhnt, uns der politischen Führung durch die Regierung zu überlassen, obwohl doch in der deutschen Demokratie das Volk es ist, das letzten Endes verantwortlich ist für die Regierung, die es sich wählt. Die Volkswertung selbst scheint zu versagen, hat zuviel mit innerpolitischen Kämpfen sich zu beschäftigen. Es ist zu wenig, darauf in feierlicher Rede hinzuweisen, daß wir außenpolitisch eigentlich alle derselben Meinung sind; das Wort ist zu wenig, die Tat ist alles. Es wäre es, wenn die deutsche Regierung aus Gründen innerpolitischer Differenzen gehemmt würde in ihrer außenpolitischen Arbeit. Und dabei ist nicht zu übersehen, daß wir zum dritten den selbstverständlichen Standpunkt allüberall geltend machen: In die inner-

Erstes Ergebnis des engl.-franz. Meinungsaustausches

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Paris, 26. Februar. Wie in diplomatischen Pariser Kreisen verlautet, liegt seit gestern abend das erste greifbare Ergebnis des französisch-englischen Meinungsaustausches vor. Frankreich hat sich auf die britische Vorstellung hin damit einverstanden erklärt, daß auf der Abrüstungskonferenz lediglich der Kontrollbericht und die Frage der Räumung Kölns behandelt wird. Die englische Regierung hat dafür ihre Forderung auf Festlegung der Frist für die Räumung der Kölner Zone zurückgezogen. Die Sicherungs- und Garantiefrage wird einer besonderen Konferenz unter Beteiligung Deutschlands vorbehalten. Wie der „Temps“ aus Brüssel meldet, wird England vermutlich unmittelbar nach Beendigung der Abrüstungskonferenz, die voraussichtlich Ende März in Brüssel zusammentritt, Frankreich und Belgien zu einer Aussprache über die Sicherungs- und Garantiefrage einladen.

Erklärungen Chamberlains im Unterhause.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
London, 26. Februar. In seiner gestrigen Sitzung befaßte sich das englische Unterhaus hauptsächlich mit aktuellen außenpolitischen Fragen. Chamberlain betonte wieder, daß die Räumung der Kölner Zone ausschließlich von der Erfüllung des Versailler Vertrages durch Deutschland abhängt. Eine Anfrage, ob England in der Sicherheitsfrage Frankreich irgendwelche Zugeständnisse gemacht habe, die die Handlungsfreiheit der britischen Regierung in der Frage der Räumung Kölns beeinflussen könnten, beantwortete Chamberlain verneinend. Ueber das Genfer Protokoll befragt, erklärte er, daß die Regierung die Prüfung des Protokolls noch nicht abgeschlossen habe. Weitere Mitteilungen darüber seien nicht wünschenswert. Er könne nur sagen, daß es noch nicht beschlossen sei, die Ergänzungsanträge bereits auf der nächsten Tagung des Völkerbundes vorzulegen.

Absturz französischer Militärflugzeuge.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Paris, 26. Februar. Gestern nachmittags stießen auf dem Flugplatz Le Douget zwei Militärflugzeuge in 1500 Meter Höhe zusammen. Die beiden Flugzeuge wurden zertrümmert und die zwei Piloten getötet. Auch auf dem Flugplatz Pontoise ist ein Militärflugzeug abgestürzt, dessen Insassen getötet wurden.

Wieder ein französisches Kriegsgerichtsurteil gegen deutsche Offiziere.

Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Paris, 26. Februar. Das Kriegsgericht in Amiens hat wegen Plünderung und Zerstörung zweier Schlösser an der Aisne die Generale Klaus und v. Staab, Hauptmann v. Leno und die Oberleutnants v. Graubard und Fuert zu je zehn Jahren Gefängnis, die Hauptleute v. Wertbern, Ficht und Steffen zu je zwanzig Jahren Zuchthaus in Abwesenheit verurteilt.

politischen Verhältnisse Deutschlands hat sich kein ausländischer Staat einzumischen, ebensowenig wie wir das im umgekehrten Falle tun. Will man ehrlich genommen werden, dann ziehe man gefälligst aus diesen Worten im Ausland auch die notwendigen Folgerungen. Einst hat der damalige Minister Moon an den preussischen Gesandten und präsumtiven Ministerpräsidenten Bismarck nach Paris telegraphiert: „Periculum in mora! Dépêchez-vous!“ „Gefahr im Verzuge! Beeilen Sie sich!“ Daran möchte man heute die maßgebenden Männer Deutschlands erinnern.

Darmats Wohnung und Helwigs Honorar

Berlin, 25. Februar.
Im Preussischen Untersuchungsausschuß sprach man über die Wohnungsangelegenheit eines der Brüder Darmat. Regierungsrat Krüger hatte die Beschaffung dieser Wohnung in einem schriftlichen Bericht höchst abfällig beurteilt. Der jetzt vernommene Charlottenburger Stadtschreiber Zehle me, der nach Krügers Diktat den Bericht geschrieben hat, sagt jedoch aus, daß die Sache lange nicht so schlimm gewesen sei, wie Krüger es dargestellt habe. Er persönlich sei anderer Ansicht gewesen, aber er sei von Krüger, einmal sogar unter Androhung eines Disziplinarverfahrens, immer wieder erlucht worden, ungünstig zu berichten. Nach Erledigung dieser Wohnungsgeschichte wurden die wiederholt befragten

Schiedsgerichtshonorare zweier Seehandlungsherren, der Geheimräte Dr. Helwig und Dr. Nöhe, auf 7 Taler

Konferenz über den Kontrollbericht.

Berlin, 25. Februar.
Nachrichten aus London lassen es sehr wahrscheinlich erscheinen, daß in einigen Wochen in Brüssel eine Konferenz der alliierten Mächte über den Kontrollbericht der Militärkommission zur Entwaffnung in Deutschland stattfinden wird. Die französische Regierung soll bereits ihre Zustimmung zur Konferenz gegeben haben und einverstanden sein, daß Deutschland eingeladen wird, sobald die Alliierten untereinander einig seien. Der englische Außenminister Austen Chamberlain werde seine bevorstehende Reise nach Genf benutzen, um nach Paris zu gehen, um dort mit den französischen Staatsmännern die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

In London will man auch wissen, daß die deutsche Regierung kürzlich den Wunsch nach Wiederernennung eines deutschen Verbindungsoffiziers zwischen der Rheinland-Oberkommission und den deutschen Stellen geäußert habe. In London und Brüssel sei man diesem Vorschlag nicht abgeneigt. Die britische Regierung, sagen die „Times“ in einem offenbar von unrichtiger Stelle beeinflussten Artikel, wird die Gelegenheit begrüßen, auf einer Konferenz mit den anderen Alliierten die komplizierten Punkte des Berichtes, die Vorläufer der Kontrollkommission und vor allem die Forderungen an Deutschland wie auch deren Form zu besprechen. Während der offiziellen Verhandlungen, die im Augenblick zwischen London und Paris vor sich gehen, soll die britische Regierung nicht länger darauf bestehen, daß man im voraus ein Datum für die Räumung Kölns festsetzt. Sie wolle aber nach wie vor an dem Standpunkt festhalten, daß die Räumungsfrage nicht mit der französischen Sicherheitsfrage verquidelt werden dürfe.

Was man in Paris sagt.

Das „Echo de Paris“ meldet, London und Paris seien sich nicht einig. Die englische Regierung wüßte über die Abrüstung Deutschlands und die Räumung der Kölner Zone keine Entscheidung zu treffen, ehe nicht die Vertreter Deutschlands Gelegenheit erhalten hätten, ihre Erklärungen vorzubringen. Die englische Regierung sei bereit, in der Form ein Zugeständnis zu machen, indem sie anerkennt, daß erst die Alliierten sich über ihren Beschluß einigen müßten, und daß danach erst, also vor der praktischen Ausführung der Entscheidung, die deutschen Delegierten gehört werden sollen.

Das von jeher mit Deutscheindlichkeit paradierende „Echo de Paris“ ist betrübt über die Entwicklung und ist deshalb gegen die Konferenz mit Anhörung Deutschlands. Mildere Töne findet „Le Nouvelliste“. Mit großer Entschiedenheit wird hier für die Konferenz eingetreten. Die Fragen der Abrüstung und der Sicherheit müßten endlich einmal offen besprochen werden und die internationale Formel sei bei der Lösung der nationalen Formel vorzuziehen. Die Engländer wünschen die Zulassung Deutschlands, die in Frankreich noch von verschiedenen Seiten bestritten werde. „Le Nouvelliste“ führt aus, Herriot nehme bezüglich der Zulassung Deutschlands einen freieren Standpunkt ein als die geschworenen Nationalisten.

geordnet. Zur Sache wurde der Abgeordnete General von Livonius, derzeit Aufsichtsrat und Berater im Reichsausschuß, gehört. Dr. Helwig und Dr. Nöhe hatten mit Erlaubnis des Direktoriums der Seehandlung, dem sie damals selbst angehörten, in einer Streitfrage mit Michael das Schiedsrichteramt übernommen und dafür (man befindet sich bereits in der Installationszeit) ein Honorar von je 200.000 Mark erhalten. Das Honorar war auch für die damaligen Geldzurwachstage recht hoch, zumal wenn man bedenkt, daß — wie man jetzt erst erfährt — der Hauptteil der Schiedsgerichtsarbeit, die im wesentlichen in schwierigen Zinsberechnungen bestand, von Unterbeamten der Staatsbank geleistet wurde. Diese Unterbeamten aber haben nicht einen Meinung bekommen. General von Livonius konstatierte im übrigen, daß vor dem Schiedspruch von einer Honorierung der Schiedsrichter nicht die Rede gewesen ist.

Ein Darmat aus der Haft entlassen.

Berlin, 25. Februar. Auf Beschluß des Kammergerichts ist gestern der jüngste der Brüder Darmat, der 21-jährige Landeshochschüler Naat Darmat, aus der Haft entlassen worden. Staatsanwalt, Untersuchungsrichter und Strafkammer hatten vorher die Haftentlassung abgelehnt. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit auch der älteste Darmat aus der Haft entlassen, so daß sich jetzt noch zwei Brüder Darmat im Untersuchungsgewahrsam befinden.

Es sei bei dieser Gelegenheit noch bemerkt, daß am 19. August 1924 die Darmat-Gruppe in das Auditorium der Preussischen Hypothekensanktion aufgetreten ist. Nach der Volkskammer Sitzung wurde damals u. a. auch der preussische Landtagsabgeordnete Freiherr v. Papen in den Vorstand gewählt. Freiherr v. Papen ist anlässlich der letzten Abstimmung über das Abkommen mit dem